



## 1970: «Schwarzenbach Bach ab!»

Ich war letzte Woche in Altdorf an einer Lesung von Concetto Vecchio. In «Jagt sie weg!» («Cacciateli via» in der italienischen Originalversion) schreibt er über die Zeit der Schwarzenbach-Initiative. Der italienische Journalist Concetto Vecchio ist als Kind sizilianischer Migranten in Lenzburg aufgewachsen.

1970 konnten die Frauen und ich noch nicht abstimmen: Ich war siebzehn und Stimmrecht 18 kam am 3. März 1971. Die Frauen kamen vorher zum Zug: Am 7. Februar 1971 wurde das Frauenstimmrecht angenommen. Im nächsten Februar werden wir 50 Jahre Frauenstimmrecht feiern!



Zur Schwarzenbach-Initiative schrieb ich in «Gewerkschaften und 1. Mai in Zug»:

### Schwarzenbach-Initiative gegen die „Überfremdung“

Die Diskussionen um die Schwarzenbach-Initiative, die eine Beschränkung der Ausländerzahlen forderte, waren auch innerhalb der Arbeiterbewegung heftig. Die Auswirkungen der Diskussionen um die Schwarzenbach-Initiative waren dem Kartellvorstand bewusst, denn an der Sitzung vom 31. März 1970 wurde beschlossen: „Das Fremdarbeiterproblem wird bewusst aus den Verhandlungen an der DV ausgeklammert, da keine Parole ausgegeben wird“. Am 8. Juni 1970 wurde über die Schwarzenbach-Initiative mit einer Stimmbeteiligung von 74,9% abgestimmt: 557'714 Schweizer Männer (Frauen hatten noch keinen Stimmrecht!) sagten Ja zur Initiative (46%), 654'588 Nein; im Kanton Zug stimmten 6'537 Ja (48%) und 7'147 Nein. An der Vorstandssitzung vom 17. Juni zog der Präsident Bilanz. „Die sogen.[annte] Schwarzenbach-Initiative wurde bei einer sehr regen Stimmbeteiligung bei recht unterschiedlichen Stände-Ergebnissen, vom Volke abgelehnt. Obwohl die SP Zug die Ja-Parole ausgegeben hatte, wurde das Volksbegehren im Kanton Zug verworfen. Das Ergebnis bedeutet aber eine eindruckliche Mahnung an Bund und Kantone zur besonnenen Handhabung der Fremdarbeiter-Regelung, um dieses Problem endlich in den Griff zu bekommen“. Die Arbeitgeber holten die „Fremdarbeiter“ als billige Arbeitskräfte. Darum sahen viele Schweizer Arbeiter die Migrantinnen und Migranten als Bedrohung an. Das war wohl der Grund für die Ja-Parole der SP zur Schwarzenbach-Initiative. Die Arbeitgeber führten eine breite Kampagne gegen diese Initiative. Alle Beschäftigte der Landis & Gyr erhielten beispielsweise eine hundertseitige Broschüre „Fremdarbeiter überflüssig?“. Die Schrift wurde „zu Ihrer Information überreicht durch Angestellten-Vertretung, Arbeiter-Vertretung, Geschäftsleitung Landis & Gyr Ag, Zug“.



## 2020: «Blochers Bach ab!»

Im Gegensatz zu damals ist die Haltung der Gewerkschaften heute klar gegen die fremdenfeindlichen Initiativen. Massgeblich dazu beigetragen hat Vasco Pedrina, der 1991 als Zentralsekretär der Gewerkschaft Bau & Holz (GBH) die Kampagne zur Abschaffung des Saisoniers-Statuts organisierte. Später war er an der Durchsetzung der flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit beteiligt.



DARUM NEIN

### Lohn, Arbeit, Rechte verlieren? Nein!

Ein Ja zur Kündigungsinitiative hätte fatale Folgen: mehr Diskriminierung und Ausbeutung durch Schwarzarbeit und Lohndumping. Mangelnde Kontrollen und Sanktionen gegen fehlbare Firmen aus dem Ausland und in der Schweiz. Tiefere Mindestlöhne, schwache Gesamtarbeitsverträge und eine Verschärfung der Corona-Rezession.

Bereits 1974 hatten linke Gewerkschafter/innen begonnen, Druck auf die Gewerkschaftsführungen aufzubauen. Anlässlich der Abstimmung über die III. Überfremdungsinitiative lancierten sie diesen Appell:

An alle Arbeiter und ihre Organisationen, insbesondere an die Gewerkschaftsbewegung. Die 3. Überfremdungsinitiative der Nationalen Aktion ist als ein Angriff auf die gesamte Arbeiterbewegung zu verstehen, und verlangt auch von den Gewerkschaften eine klare Antwort. Eine Antwort, die sich in der Einheit der Arbeiter im Kampf gegen die Unternehmeroffensive konkretisiert.

Wir stellen fest:

#### 1. Nicht die Ausländer – die Unternehmer sind Schuld an der sozialen Krise !

Mit der 3. Überfremdungsinitiative der Nationalen Aktion sollen alle Probleme der Lohnabhängigen gelöst werden. Die NA will uns weismachen, mit ihrer Initiative der Steigerung der Lebenskosten, der drückenden Steuern und den Entlassungen usw. entgegenzuwirken. Das im Moment, wo die Unternehmer der Arbeiter auffordern, den Gürtel enger zu schnallen, um die Inflation zu bekämpfen (in Wirklichkeit, um ihre hohen Profite zu halten).

Die Nationale Aktion und die Republikaner haben scheinbar den Sündenbock für die heute auftretenden Probleme gefunden. In Wirklichkeit vertuschen sie die Tatsachen. Nicht erst seit dem Zuzug von ausländischen Kollegen sind die Spitäler überfüllt, die Wohnungen knapp und teuer. Um die Mieten hinaufzuschrauben haben die Hausbesitzer und die Spekulanten vielmehr ein Interesse daran, eine gewisse Wohnungsnot künstlich beizubehalten. Auch ist das Bürgertum nicht interessiert, ihr Kapital in den Bau von Strassen, Spitäler und Schulen zu investieren, was keinen direkten Profit abwirft. Der Skandal besteht vielmehr darin, dass die Unternehmer "Arbeitskräfte" – wie sie es nennen – einzig für Ihren Gewinn kommen zu lassen. Dass es sich dabei um Menschen handelt, die auch ihre Bedürfnisse haben, soll dabei vergessen werden.